

## 1967-11-15

OPHAVSMAND/NØGLEPERSON

Johannes Stüttgen

### FAKTA

Dokumenttype:  
Note

Sprog:  
Tysk

Afsendersted:  
Düsseldorf

Omtalte personer:  
Joseph Beuys

Arkivplacering:  
HC Arkiv Møn/HC Breve 3

### DOKUMENTINDHOLD

Referat af stiftelsesmødet for Deutsche Studentenpartei, d. 22. juni 1967

### TRANSSKRIFTION

DEUTSCHE STUDENTENPARTEI

PROTOKOLL DER GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG VOM 22. JUNI 1967  
(angefertigt von Johannes Stüttgen)

Am 22. juni 1967, 16.00 uhr, fand unter Vorsitz von Professor Joseph Beuys in Düsseldorf die Gründungsversammlung der DEUTSCHEN STUDENTENPARTEI statt. Ausser den dieses Protokoll unterzeichnenden Mitglieder nahmen viele Studenten und Journalisten an der Versammlung teil.

Die Notwendigkeit der neuen Partei, deren wesentliches Anliegen die Erziehung aller Menschen zur geistigen Mündigkeit ist, wurde vor allem angesichts der akuten Bedrohung durch die am Materialismus orientierte, ideenlose Politik und der damit verbundenen Stagnation ausdrücklich herausgestellt. Dementsprechend mussten Prägen nach einem sich innerhalb des üblichen politischen Rahmens befindlichen Programm zurückgewiesen werden. Die Partei, die sich zum Grundgesetz in seiner reinen Form bekennt und grundsätzlich für die Menschenrechte eintritt, deren Voraussetzung sie in der eingeschränkten Bereitschaft der Menschen zu der Verwirklichung ihrer Pflichten sieht, arbeitet für die notwendige Erweiterung des Bewusstseins mit geistigen, vernünftigen Methoden, also fortschrittlich für den Fortschritt, also menschlich, und betonte deshalb die Radikalität ihrer Forderungen nach grundlegender Erneuerung aller herkömmlichen Formen im Leben und Denken der Menschen. Echte Auseinandersetzung sei – so Beuys – nötig, aber nur auf geistiger, künstlerischer Ebene möglich. Nur im Kampf der Ideen vollzöge sich Demokratie und ernstes, menschliches Tun. utilitaristische, bloss wirtschaftlich bestimmte Ziele haben ebenso wie jeglicher Egoismus überhaupt hinter den künstlerischen Forderungen des Augenblicks, somit der Geschichte, prinzipiell zurückzustehen und müssten letztlich völlig abgebaut werden. Nur die Spitze sei der Masstab für menschenwürdiges Handeln. Dies sei das Interesse aller Menschen im eigentlichen Sinne, deren Anwaltschaft deshalb auch die DEUTSCHE STUDENTENPARTEI übernehmen wolle. Sie vertritt die Menschen – so verstanden – überall, also auch in der Politik, die sie dahingehend verändern möchte, und kann von allen gewählt werden. Jeder ist zur Mitarbeit aufgefordert.

Auf Fragen nach konkreten Zielen nannte Beuys u. a. Absolute

Waffenlosigkeit, ein geeinigtes Europa, die Selbstverwaltung autonomer Glieder wie Recht - Kultur - Wirtschaft, die Erarbeitung neuer Gesichtspunkte zur Erziehung, Lehre, Forschung, die Auflösung der Abhängigkeit von Ost und West, wie es jedoch ausdrücklich immer wieder auf den allesumfassenden Zusammenhang hin, der im Prinzip klar ist, im einzelnen aber konkret erarbeitet werden muss, und ohne den alle genannten Ziele lediglich weitere Missverständnisse wären. Folgerichtig sei das Programm selbst die unendliche, täglich getane und immer bevorstehende Arbeit der Partei. Diese Arbeit setze bei jedem an sich selbst und seinem engsten Kreis an. Die Partei fasse alle guten Kräfte wirksam zusammen.

Die fruchtbare Beteiligung vieler Anwesenden an dem Gespräch (mit allen sich daraus ergebenden positiven Konsequenzen) einerseits, die tiefe Verständnislosigkeit ebenso vieler gegenüber den Ausführungen der Parteivertreter andererseits während der Gründungsversammlung, bestätigten nachdrücklich die Notwendigkeit dieser Versammlung und die der Gründung der Partei.

Düsseldorf, den 15. November 1967

DEUTSCHE STUDENTENPARTEI

PROTOKOLL DER GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG VOM 22. JUNI 1967  
(angefertigt von Johannes Stüttgen)

Am 22. Juni 1967, 16.00 Uhr, fand unter Vorsitz von Professor Joseph Beuys in Düsseldorf die Gründungsversammlung der DEUTSCHEN STUDENTENPARTEI statt. Ausser den dieses Protokoll unterzeichnenden Mitglieder nahmen viele Studenten und Journalisten an der Versammlung teil.

Die Notwendigkeit der neuen Partei, deren wesentliches Anliegen die Erziehung aller Menschen zur geistigen Mündigkeit ist, wurde vor allem angesichts der akuten Bedrohung durch die am Materialismus orientierte, ideenlose Politik und der damit verbundenen Stagnation ausdrücklich herausgestellt. Dementsprechend mussten Fragen nach einem sich innerhalb des üblichen politischen Rahmens befindlichen Programm zurückgewiesen werden. Die Partei, die sich zum Grundgesetz in seiner reinen Form bekennt und grundsätzlich für die Menschenrechte eintritt, deren Voraussetzung sie in der uneingeschränkten Bereitschaft der Menschen zu der Verwirklichung ihrer Pflichten sieht, arbeitet für die notwendige Erweiterung des Bewusstseins mit geistigen, vernünftigen Methoden, also fortschrittlich für den Fortschritt, also menschlich, und betonte deshalb die Radikalität ihrer Forderungen nach grundlegender Erneuerung aller herkömmlichen Formen im Leben und Denken der Menschen. Echte Auseinandersetzung sei - so Beuys - nötig, aber nur auf geistiger, künstlerischer Ebene möglich. Nur im Kampf der Ideen vollzöge sich Demokratie und ernstes, menschliches Tun. Utilitaristische, bloss wirtschaftlich bestimmte Ziele haben ebenso wie jeglicher Egoismus überhaupt hinter den künstlerischen Forderungen des Augenblicks, somit der Geschichte, prinzipiell zurückzutreten und müssten letztlich völlig abgebaut werden. Nur die Spitze sei der Masstab für menschenwürdiges Handeln. Dies sei das Interesse aller Menschen im eigentlichen Sinne, deren Anwaltschaft deshalb auch die DEUTSCHE STUDENTENPARTEI übernehmen wolle. Sie vertritt die Menschen - so verstanden - überall, also auch in der Politik, die sie dahingehend verändern möchte, und kann von allen gewählt werden. Jeder ist zur Mitarbeit aufgefordert.

Auf Fragen nach konkreten Zielen nannte Beuys u.a. absolute Waffenlosigkeit, ein geeinigtes Europa, die Selbstverwaltung autonomer Glieder wie Recht - Kultur - Wirtschaft, die Erarbeitung neuer Gesichtspunkte zur Erziehung, Lehre, Forschung, die Auflösung der Abhängigkeit von Ost und West, wiewas jedoch ausdrücklich immer wieder auf den allesumfassenden Zusammenhang hin, der im Prinzip klar ist, im einzelnen aber konkret erarbeitet werden muss, und ohne den alle genannten Ziele lediglich weitere Missverständnisse wären. Folgerichtig sei das Programm selbst die unendliche, täglich getane und immer bevorstehende Arbeit der Partei. Diese Arbeit setze bei jedem an sich selbst und seinem engsten Kreis an. Die Partei fasse alle guten Kräfte wirksam zusammen.

Die fruchtbare Beteiligung vieler Anwesenden an dem Gespräch (mit allen sich daraus ergebenden positiven Konsequenzen) einerseits, die tiefe Verständnislosigkeit ebenso vieler gegenüber den Ausführungen der Parteivertreter andererseits während der Gründungsversammlung, bestätigten nachdrücklich die Notwendigkeit dieser Versammlung und die der Gründung der Partei.

Düsseldorf, den 15. November 1967